Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evang. Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 28. Oktober

1987

Inhalt

	Seite
Dienstnachrichten	89
Stellenausschreibungen	90
Bekanntmachungen:	
Umbenennung der Evang. Kirchengemeinde Rielasingen in „Evang. Kirchengemeinde Rielasingen-Worblingen“	91
Praktisch-theologische Ausbildung	91
Aufnahme unter die Pfarrvikare/Pfarrvikarinnen der Evangelischen Landeskirche in Baden	91
Aufhebung der Pfarrstelle der Hospitalgemeinde der Evangelischen Kirchengemeinde Wertheim	92
Errichtung einer Pfarrstelle in Waldenhausen	92
Gemeinsames Hausgebet im Advent 1987	92
Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt 1987 am 15.11. (Volkstrauertag)	92
Brandschutzmaßnahmen; Überprüfung der Feuerlöscher	92
Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus kirchlichen Mitteln	92
Wort des Landesbischofs zur 29. Aktion „Brot für die Welt“	94
Hinweise zur 29. Aktion Brot für die Welt	95
Dienstbezüge der Pfarrer und Pfarrdiakone im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und Beamten	95

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen

(gemäß § 95 Abs. 4 der Grundordnung
i.V.m. § 1 des kirchlichen Gesetzes über
die Errichtung von hauptamtlichen Dekanaten):

Schuldekan Pfarrer Paulus Stein in Karlsruhe zum
hauptamtlichen Dekan für den Kirchenbezirk Karlsruhe
und Durlach ab 16.09.1987.

Berufen auf Grund von Gemeindevahl

(gemäß § 11 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikar Walter Baßler in Ladenburg zum Pfarrer
der Paul-Gerhardt-Gemeinde der Kirchengemeinde
Hemsbach,

Pfarrer Richard Britz in Wolfach zum Pfarrer in Zai-
senhausen.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a
Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Wolfgang Stahnke in Lauda-Königshofen
(Pfarrstelle Lauda) zum Pfarrer der Pfarrstelle II des
Gruppenpfarramts in Hockenheim.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 2 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Dekan Pfarrer Fritz Allgeier in Stein zum Pfarrer der
Petrusgemeinde in Weinheim.

Berufen

(gemäß § 14 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Religionslehrer Johannes Hassenrück in Donau-
eschingen (Fürstenberg-Gymnasium) zum hauptamtli-
chen Religionslehrer daselbst nach Aufnahme unter die
Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Versetzt:

Pfarrvikar Reinhard Ehmman in Schopfheim (St.
Michaels-Gemeinde-Ost) nach Hülgelheim zur Verwal-
tung der Pfarrstelle,

Pfarrvikarin Claudia Ewald-Freudenberger in
Singen a.H. (Luthergemeinde) nach Heddesheim
(Pfarrstelle II des Gruppenpfarramts) zur Verwaltung
der Pfarrstelle,

Pfarrvikar Rüdiger Rutkowski in Grünwettersbach
nach Blankenloch (Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts)
zur Verwaltung der Pfarrstelle,

Pfarrvikar Martin Schleifer in Hemsbach (Paul-Gerhardt-Gemeinde) nach Ladenburg,

Pfarrvikar Hendrik Stöbel in Mannheim (Auferstehungsgemeinde) an die Trinitatisgemeinde in Mannheim,

Pfarrvikar Rolf Weiß in Wiesloch (Psychatisches Landeskrankenhaus) nach Offenburg (Erlösergemeinde).

Eingesetzt:

Pfarrvikarin Brigitte Engelhardt als Pfarrvikarin in Donaueschingen,

Pfarrvikarin Jutta Ernst als Pfarrvikarin in Ettlingen (Johannesgemeinde),

Pfarrvikarin Martina Fritsch als Pfarrvikarin in Freiburg (Friedensgemeinde),

Pfarrvikar Friedrich Geyer als Pfarrvikar in Bretten (Melanchthongemeinde),

Pfarrvikarin Elisabeth Hartlieb als Pfarrvikarin in Mannheim (Auferstehungsgemeinde),

Pfarrvikar Michael G. Hermann als Pfarrvikar in Gundelfingen,

Pfarrvikar Hans-Jürgen Holzmann als Pfarrvikar in Offenburg (Auferstehungsgemeinde),

Pfarrvikarin Almut Jäckle-Stober als Pfarrvikarin in Blankenloch (Pfarrstelle II des Gruppenpfarramts),

Pfarrvikarin Andrea Keller-Coors als Pfarrvikarin in Steißlingen-Langenstein,

Pfarrvikar Arno Krieg als Pfarrvikar in Mannheim-Neckarau (Gruppenpfarramt der Matthäusgemeinde),

Pfarrvikar Uwe Roßwag als Pfarrvikar in Singen a.H. (Luthergemeinde),

Pfarrvikarin Mechthild Schmidt-Keller als Pfarrvikarin in Mannheim-Vogelstang (Gruppenpfarramt),

Pfarrvikarin Agnes Seyferth als Pfarrvikarin in Grünewetersbach,

Pfarrvikar Rainer Silbernagl als Pfarrvikar in Pforzheim-Dillweißenstein,

Pfarrvikar Rudolf Tubach als Pfarrvikar in Villingen (Johannesgemeinde).

In den Ruhestand versetzt auf Antrag

(gemäß § 85 Abs. 3 Pfarrerdienstgesetz):

Gymnasialprofessor a.D. Direktor Pfarrer Klaus DeBecker in Karlsruhe (Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Landeskirche in Baden) auf 01.01.1988,

Pfarrer Klaus Fischer in Weinheim (Petrusgemeinde) auf 01.12.1987.

Gestorben:

Pfarrer i.R. Hugo Schmalenbach, zuletzt in Wieslet am 09.09.1987,

Pfarrer i.R. Dr. theol. Walther Wiesenberg, zuletzt in Heidelberg (I. Seelsorgestelle an den Akademischen Kliniken), am 04.09.1987.

Stellenausschreibungen

I. Pfarrstelle

Erstmalige Ausschreibung

Waldenhausen

(Kirchenbezirk Wertheim)

Im Zuge der Umstruktuirung der Wertheimer Pfarreien wurde in der Kirchengemeinde Waldenhausen mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 eine neue Pfarrstelle errichtet. Mit dieser Pfarrstelle ist die Krankenhauseelsorge in Wertheim verbunden.

Die neuerrichtete Pfarrei umfaßt die Pfarrsitzgemeinde Waldenhausen (evang. Dorf und Neubaugebiet) mit 320 Gemeindegliedern, und das 3 km entfernte Wertheim-Reicholzheim (Diaspora) mit 200 Gemeindegliedern.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Krankenhauseelsorge im Städtischen Krankenhaus Wertheim (ca. 200 Betten). Entfernung zum Stadtzentrum 3 km. Die Grundschule ist in Wertheim-Reicholzheim, alle weiterführenden Schulen sind in Wertheim. Waldenhausen erhält ein eigenes, neues Pfarrhaus mit Gemeinderaum/Nebenräumen.

Gottesdienste: Waldenhausen (Kirche – allsonntäglich) und Reicholzheim (Kirchensaal – 14-tägig). Der allsonntägliche Kindergottesdienst in Waldenhausen wird von einem regen Helferkreis gestaltet. Dem Pfarrer steht ein aufgeschlossener Kirchengemeinderat zur Seite. Eine erfahrene Organistin und 2 junge Organisten teilen sich die kirchenmusikalischen Aufgaben, zusammen mit dem Bläserkreis (teilweise Wertheim) und einem kleinen Kirchenchor. In beiden Gemeinden gibt es Frauenkreise. Für das Pfarramtsbüro ist stundenweise eine Sekretärin tätig. Mit der Pfarrstelle ist ein Religionsdeputat von 4 Stunden verbunden. Die Kontakte zu den örtlichen Vereinen sind gut.

Da es sich um die Neueinrichtung einer Pfarrei handelt, kommen auf den Pfarrer interessante Aufbauaufgaben zu (u.a. Jugendarbeit, Besuchsdienst). Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer, der sowohl für die Belange des Dorfes als auch des Neubaugebietes offen ist und bereit ist, am Dorfleben teilzunehmen, Bestehendes weiterzuführen und der auf alle Altersgruppen zugehen kann. Die Ältesten bieten gerne ihre Mitarbeit an.

Schwerpunkt aller Arbeit sollte neben der Krankenhauseelsorge Freude an biblischer Verkündigung und Seelsorge in der Gemeinde (Hausbesuche) sein.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstelle durch Gemeindevwahl.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen unmittelbar beim Evangelischen Oberkirchenrat Karlsruhe; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

II. Pfarrstelle

Nochmalige Ausschreibung

Dühren

(Kirchenbezirk Sinsheim)

Die Pfarrstelle ist frei und kann sofort wiederbesetzt werden.

Dühren, idyllisch von Wald und Flur umgeben, ist eine Wohngemeinde ländlichen Charakters mit einem großen Neubaugebiet.

Der Ort mit ca. 1.800 Einwohnern (davon sind ca. 1.050 evangelisch) ist ein Stadtteil der Großen Kreisstadt Sinsheim. Im Ort selbst ist ein kommunaler Kindergarten und eine vierklassige Grundschule. Sämtliche weiterführenden Schulen sind im Zentralort (Entfernung: 3 km).

Das Wahrzeichen und Herz der Kirchengemeinde ist die sehr schöne, auf dem Berg liegende Nikolauskirche mit gotischem Chor (1494). Hier feiert die Gemeinde ihre Gottesdienste in vielfältiger und originaler Form.

Im 1979 erbauten, großzügig ausgestatteten Gemein-dehaus ist ein reges Gemeindeleben beheimatet mit 2 Frauengruppen, Kirchenchor, Flötenkreis, Jung-schar, Teenagerkreis, Bibelkreis und Bibelstudienkurs, die sich alle regelmäßig treffen.

Das (wie auch die Kirche) denkmalgeschützte Pfarr-haus (1771) hat als besonderen Schatz einen großen Garten mit alten Bäumen (direkt neben dem Gemein-dehaus). Es ist frei und wird gründlich renoviert.

Kirchengemeinde und Ältestenkreis legen Wert auf wirklichkeitsbezogene Predigt und die Erhaltung bestehender Ordnungen (wie z.B. die dreijährige Chri-stenlehre) und wünschen, daß die Kirche mit ihrem dif-ferenzierten Gottesdienstangebot der Mittelpunkt der Gemeinde bleibt, eine Öffnung zur Ökumene mit unse-ren katholischen Mitchristen und eine aktive, offene Einstellung zu allen Bereichen des dörflichen Lebens vollzieht.

Mit dem Pfarrdienst in Dühren ist die Seelsorge an der Kreispflegeanstalt in Sinsheim verbunden. An der Grundschule in Dühren sind 4 Wochenstunden Reli-gionsunterricht zu erteilen.

Die Stelle eignet sich besonders für ein Ehepaar, das sich die Arbeit teilt.

Interessenten kann eine Kopie des sehr ausführlichen und aufschlußreichen Visitationsberichts (Oktober 1985) zugeschickt werden.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstelle durch Gemeindevwahl.

Bewerbungen innerhalb 3 Wochen unmittelbar beim Evangelischen Oberkirchenrat Karlsruhe; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Die Bewerbungen

- a) für die **erstmalige Ausschreibung** muß bis späte-stens **2. Dezember 1987, abends**
- b) für die **nochmalige Ausschreibung** bis späte-stens **18. November 1987, abends**

schriftlich beim Evangelischen Oberkirchenrat in Karls-ruhe eingegangen sein.

Bekanntmachungen

OKR 30.9.1987 **Umbenennung der Evang. Kirchengemeinde Rielasingen in „Evang. Kirchengemeinde Rielasingen-Worblingen“**
Az. 11/1

Die Evangelische Kirchengemeinde Rielasingen (Kir-chenbezirk Konstanz) wird auf Antrag des Kirchengemeinderats gemäß § 23 Abs. 2 Buchst. c der Grund-ordnung i.V.m. Abschnitt II Ziffer 2 der Richtlinien zur Namensgebung bzw. Umbenennung von Kirchen- und Pfarrgemeinden vom 24.10.1973 (GVBl. S. 95) in

„Evangelische Kirchengemeinde Rielasingen-Worblingen“

umbenannt.

OKR 15.9.1987 **Praktisch-theologische Ausbildung**
Az. 22/1161

Die nachgenannten Kandidaten/Kandidatinnen wer-den mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 in das Lehrvika-riat der Evangelischen Landeskirche in Baden über-nommen:

- Bodamer, Detlef, aus Karlsruhe
- Erl, Petra, aus Waibstadt
- Freiburger, Brigitte, aus Karlsruhe
- Fuhrmann, Judith, aus Karlsruhe
- Grampp, Peter, aus Kehl
- Groß-Engelmann, Jutta, aus Stuttgart
- Halberstadt, Klaus, aus Berlin
- Hansen, Andreas, aus Kandern
- Heimbürger, Christine, aus Aichtal-Grötzingen
- Janus, Rainer, aus Pforzheim
- Kraus, Esther, aus Hockenheim
- Lehmkuhler, Thomas, aus Herdecke/Ruhr
- Müller, Holger, aus Pforzheim
- Schleifer, Frank, aus Pforzheim
- Schmidt, Wolfgang, aus Karlsruhe
- Scholle, Reneé, aus Braunschweig
- Trumpf, Martina, aus Möckmühl-Korb
- Weiß, Thomas, aus Karlsruhe
- Zirbel, Jens-Uwe, aus Kölleda.

OKR 21.9.1987 **Aufnahme unter die Pfarr-vikare/Pfarrvikarinnen der Evangelischen Landeskirche in Baden**
Az. 22/13

Die nachgenannten 15 Kandidaten/Kandidatinnen werden auf ihren Antrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 unter die Pfarrvikare/Pfarrvikarinnen der Evange-lischen Landeskirche in Baden aufgenommen:

- Engelhardt, Brigitte, aus Lörrach
- Ernst, Jutta, aus Gochsheim
- Fritsch, Martina, aus Heidelberg
- Geyer, Friedrich, aus Karlsruhe
- Hartlieb, Elisabeth, aus Sinsheim
- Hermann, Michael G., aus Pforzheim
- Holzmann, Hans-Jürgen, aus Heidelberg
- Jäckle-Stober, Almut, aus Schweningen
- Keller-Coors, Andrea, aus Hückeswagen
- Krieg, Arno, aus Schweningen

Roßwag, Uwe, aus Karlsruhe
Schmidt-Keller, Mechthild, aus Neuendettelsau
Seyferth, Agnes, aus Berlin
Silbernagl, Rainer, aus Erding
Tubach, Rudolf, aus Nußbaum.

OKR 8.10.1987
Az. 22/22

Aufhebung der Pfarrstelle der Hospitalgemeinde der Evangelischen Kirchengemeinde Wertheim

Die Pfarrstelle der Hospitalgemeinde der Evangelischen Kirchengemeinde Wertheim wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 aufgehoben. Die Parochie der Hospitalpfarre wird der Oberen Pfarre in Wertheim zugeteilt.

OKR 8.10.1987
Az. 22/22

Errichtung einer Pfarrstelle in Waldenhausen

In der Kirchengemeinde Waldenhausen, bisher Filialkirchengemeinde zu Wertheim, wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 eine Pfarrstelle errichtet, deren Dienstbezirk die Pfarrsitzgemeinde und den Ortsteil Reicholzheim umfaßt. Mit dem Pfarrdienst ist der Seelsorgedienst im Städtischen Krankenhaus in Wertheim verbunden.

OKR 9.10.1987
Az. 32/14

Gemeinsames Hausgebet im Advent 1987

Wie in den vergangenen Jahren rufen die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg zusammengeschlossenen Kirchen auch 1987 zu einem gemeinsamen Hausgebet im Advent auf, das am

Montag, 14. Dezember 1987, 19.30 Uhr

stattfinden soll.

Wir bitten, in den vorausgehenden Gottesdiensten die Gemeindeglieder auf diese geistliche Vorbereitung auf Weihnachten hinzuweisen und ihnen Möglichkeiten einer gemeinsamen Feier in der Hausgemeinschaft oder Nachbarschaft aufzuzeigen.

Die Faltblätter für das Hausgebet 1987 werden wieder an die Dekanate versandt und können dort angefordert werden.

OKR 5.10.1987
Az. 75/8

Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt 1987 am 15.11. (Volkstrauertag)

Im Rahmen der Friedensdekade vom 8.-18. November 1987 soll auch in diesem Jahr wieder ein Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt stattfinden, der in unserer Landeskirche am vorletzten Sonntag des Kirchenjahres (Volkstrauertag) begangen wird.

Eine Gottesdienstordnung und eine Predigthilfe für diesen Bittgottesdienst wird den Gemeindepfarrämtern zugesandt.

OKR 9.9.1987
Az. 60/72

**Brandschutzmaßnahmen;
Überprüfung der Feuerlöscher**

Nach einer Mitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg ist bei den im folgenden beschriebenen 12 kg-Pulver-Feuerlöscher eine ausreichende Sicherheit nicht in allen Fällen gegeben. In mehreren Fällen sind Feuerlöscher ohne äußere Einwirkung explodiert. Die Feuerlöscher stammen aus dem Fertigungszeitraum von 1963 bis 1966. Hersteller waren die GLORIA-Werk H. Schulte-Frankenfeld KG, Wadersloh/Westfalen.

Typenbezeichnung	Bauart-Kurzzeichen	Zul. Kenn-Nr.
Pi12G oder Pn12G	PG12H	P 1 - 34/59
Pi12 oder Pn12	P12H	P 1 - 16/60
Pi12M	PM12H	P 2 - 4/65

Neben den Angaben nach der Tabelle in den Beschriftungen tragen die Behälter der betroffenen Feuerlöscher im unter Bereich die eingeschlagene Kennzeichnung P12 63 ..., P12 64 ..., P12 65 ... oder P12 66

Diese ist erweitert um eine bis zu 5-stellige Zahl als Fertigungsnummer. Außerdem ist wichtiges Kriterium, daß der obere Gewinding mit M 74 x 2 aus Messing gefertigt wurde.

Die beschriebenen Feuerlöscher sollten aus dem Verkehr gezogen, ohne Inbetriebnahme demontiert und die Behälter verschrottet werden.

Es wird gebeten, diese Information an alle mit dem Brandschutz beauftragten Stellen weiterzuleiten, damit bei Betriebsüberprüfungen, Brandschauen, Instandhaltungsmaßnahmen usw. auf die aufgeführten Feuerlöscher besonders geachtet und für deren Ausmusterung gesorgt wird.

Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir, die regelmäßige Überprüfung der Feuerlöschgeräte durch den Abschluß von Wartungsverträgen sicherzustellen.

OKR 14.7.1987
Az. 54/8

Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus kirchlichen Mitteln

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt in Ausführung der §§ 49 und 94 des Kirchlichen Gesetzes über die Vermögensverwaltung und die Haushaltswirtschaft der Evangelischen Landeskirche in Baden (KVHG) vom 21. Oktober 1976 (GVBl. 1977 S. 29), zuletzt geändert durch kirchliches Gesetz vom 29. April 1987 (GVBl. S. 66) folgende Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus kirchlichen Mitteln (Zuwendungsrichtlinien):

1. **Begriff der Zuwendung**

1.1 Zuwendungen im Sinne dieser Richtlinien sind kirchliche Mittel, die Einrichtungen, welche den haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Landeskirche nicht unterliegen, zur Erfüllung kirchlicher oder diakonischer Aufgaben laufend oder einmalig zur Verfügung gestellt werden. Sie werden als freiwillige Leistung im Rahmen der nach dem Haushaltsplan verfügbaren Mittel gewährt.

- 1.2 Zu den Zuwendungen gehören:
 - 1.2.1 Zuweisungen im kirchlichen Bereich,
 - 1.2.2 Zuschüsse an Dritte,
 - 1.2.3 Schuldendienstbeihilfen,
 - 1.2.4 zweckgebundene Darlehen,
 - 1.2.5 andere nicht rückzahlbare Leistungen,
 - 1.2.6 andere bedingt oder unbedingt rückzahlbare Leistungen.
- 1.3 Nicht zu den Zuwendungen gehören:
 - 1.3.1 Sachleistungen,
 - 1.3.2 Leistungen aufgrund von § 41 Abs. 1 des Diakoniegesetzes vom 26.10.1982 (GVBl. S. 215) oder durch andere Rechtsvorschriften begründete Rechtspflichten,
 - 1.3.3 satzungsmäßige Mitgliedsbeiträge.

2. Zuwendungsarten

Folgende Zuwendungsarten sind zu unterscheiden:

- 2.1 Zuwendungen für einzelne Vorhaben und Maßnahmen (Projektförderung),
- 2.2 Zuwendungen zur Deckung des gesamten Bedarfs oder eines Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung).

3. Bewilligungsvoraussetzungen

- 3.1 Zuwendungen können nur für solche Aufgaben gewährt werden, an deren Durchführung ein erhebliches kirchliches Interesse besteht und die ohne derartige Zuwendungen nicht oder nicht in dem notwendigen Umfang durchgeführt werden können.
- 3.2 Nicht rückzahlbare Zuwendungen sollen nur bewilligt werden, soweit der Zweck nicht durch rückzahlbare Zuwendungen erreicht werden kann.
- 3.3 Zuwendungen sind schriftlich zu beantragen.
 - 3.4.1 Die Anträge müssen enthalten:
 - a) Angaben über die Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendungen;
 - b) eine Übersicht über den Umfang der Maßnahmen, ihre Finanzierung sowie die Folgekosten.
 - 3.4.2 Den Anträgen sind mindestens beizufügen:
 - a) bei Projektförderung: die Planungs- und Finanzierungsunterlagen;
 - b) bei institutioneller Förderung: Haushalts- oder Wirtschaftsplan und Stellenplan.
 - 3.4.3 Der Evangelische Oberkirchenrat kann die Verwendung von Vordrucken verlangen.
- 3.5 Zuwendungen dürfen nur solchen Empfängern bewilligt werden, welche die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel nachweisen können. Eine Bewilligung setzt die Zustimmung des

Antragstellers voraus, daß die zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung, bei institutioneller Förderung (Nr. 2.2) die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung, nach Nr. 7 und Nr. 8 geprüft wird.

- 3.6 Bei institutioneller Förderung (Nr. 2.2) darf der Antragsteller seine Beschäftigten grundsätzlich finanziell nicht besserstellen als vergleichbare Mitarbeiter des Zuwendungsgebers.
- 3.7 Der Antragsteller hat alle eigenen Mittel und alle mit dem Zweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und so weiter) als Deckungsmittel vorrangig und unbeschränkt einzusetzen.

4. Bewilligung

- 4.1 Eine Bewilligung ist nur zulässig, wenn die Bewilligungsbedingungen erfüllt sind. Der Bewilligung der Zuwendung hat eine eingehende Prüfung des Antrages voranzugehen. Das Ergebnis ist in einem Vermerk festzuhalten.
- 4.2 Je nach Art, Zweck und Höhe der Zuwendung können abweichende oder zusätzliche Bedingungen festgelegt oder Auflagen erteilt werden (besondere Bewilligungsbedingungen), die gleichfalls vom Zuwendungsempfänger anzuerkennen sind.
- 4.3 Der Antragsteller hat mit der Antragstellung, spätestens aber vor der Auszahlung die Bewilligungsbedingungen (Nr. 3.1, 3.5, 3.6, 4.2, 4.4, 5.2, 6. und 7.) schriftlich anzuerkennen.
- 4.4 Die Bewilligung ist zu widerrufen und eine bereits ausgezahlte Zuwendung zurückzufordern, wenn der Zuwendungsempfänger die Zuwendung zu Unrecht oder durch unzutreffende Angaben erlangt hat. Die Zuwendung kann auch dann zurückgefordert werden, wenn sie ganz oder teilweise zweckfremd wird oder die Ausgaben niedriger beziehungsweise die Einnahmen höher sind als im Antrag aufgeführt. Der Widerrufsvorbehalt ist in den Bewilligungsbescheid aufzunehmen.

5. Auszahlung

- 5.1 Die bewilligten Mittel sollen nur insoweit - gegebenenfalls in Teilbeträgen - ausgezahlt werden, als sie für fällige Zahlungen im Rahmen des Verwendungszwecks benötigt werden.
- 5.2 Im Rahmen einer Projektförderung (Nr. 2.1) kann die Auszahlung davon abhängig gemacht werden, daß über die Verwendung bereits gezahlter Teilbeträge ein Zwischennachweis vorgelegt wird.
- 5.3 Für die Einhaltung dieser Grundsätze ist bei Zuwendungen aus landeskirchlichen Haushaltsmitteln der Evangelische Oberkirchenrat - Finanzreferat - zuständig. Bei den Kirchengemeinden ist der Kirchengemeinderat, bei den Kirchenbezirken der Bezirkskirchenrat zuständig.

6. Verwendungsnachweis

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsstelle einen Verwendungsnachweis (zahlenmäßiger Nachweis und auf Verlangen Sachbericht) vorzulegen. Der Evangelische Oberkirchenrat kann die Verwendung von Vordrucken vorschreiben.
- 6.2 Erhält ein Zuwendungsempfänger von mehreren Zuwendungsgebern Mittel für den gleichen Zweck, so ist er verpflichtet, den Einsatz aller empfangenen Mittel aufgeschlüsselt nachzuweisen.
- 6.3 Bei institutioneller Förderung (Nr. 2.2) kann auf die Vorlage eines besonderen Verwendungsnachweises verzichtet werden, wenn entweder das Rechnungsprüfungsamt oder im Einvernehmen zwischen Zuwendungsgeber und Rechnungsprüfungsamt ein anderes Prüfungsorgan die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers prüft.
- 6.4 Nr. 6.3 gilt nicht bei selbständigen diakonischen Rechtsträgern im Sinne des § 1 Nr. 31a KVHG, soweit die Treuhandstelle des Diakonischen Werkes gemäß 93 KVHG für die Prüfung zuständig ist. Die Möglichkeit, auf die Vorlage eines besonderen Verwendungsnachweises zu verzichten, bleibt unberührt.
- 6.5 In den Fällen der Nr. 6.3 und Nr. 6.4 ist der Zuwendungsgeber über das Ergebnis der Prüfung und die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendung zu unterrichten. Der Zuwendungsgeber kann jederzeit eine besondere Wirtschaftlichkeitsprüfung verlangen. Der Bericht ist dem Zuwendungsgeber direkt durch die Prüfungsstelle zuzuleiten.
- 6.6 Bei einer Zuwendung bis zu 10.000 DM jährlich kann widerruflich auf die Vorlage eines Verwendungsnachweises verzichtet werden.
- 6.7 a) Bei Projektförderung (Nr. 2.1) ist der Verwendungsnachweis unverzüglich, spätestens jedoch zwei Monate nach Ausführung des Vorhabens dem Zuwendungsgeber vorzulegen.
b) Bei institutioneller Förderung (Nr. 2.2) ist der Verwendungsnachweis innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres vorzulegen.

7. Prüfung des Verwendungsnachweises

- 7.1 Die Bewilligungsstelle prüft den Verwendungsnachweis. Die Prüfung erstreckt sich insbesondere darauf, ob
- 7.1.1 der Verwendungsnachweis den Anforderungen der Bewilligungsbedingungen entspricht,
- 7.1.2 die Zuwendung zweckentsprechend verwendet worden ist,
- 7.1.3 der mit der Zuwendung angestrebte Zweck erreicht worden ist.
- 7.2 Über den Umfang und das Ergebnis ist ein schriftlicher Vermerk aufzunehmen.

- 7.3 Kommt die Prüfung des Verwendungsnachweises zu dem Ergebnis, daß die Zuwendung
- 7.3.1 abweichend von der Planung beziehungsweise vom Antrag,
- 7.3.2 unwirtschaftlich,
- 7.3.3 nur zum Teil,
- 7.3.4 nicht zweckgerecht verwendet worden ist, kann die Zuwendung ganz oder teilweise zurückgefordert werden. Gleichzeitig ist darüber zu befinden, ob eine laufende Zuwendung einzustellen oder nur unter besonderen Auflagen, die vor einer weiteren Auszahlung der Beträge erfüllt sein müssen, zu leisten ist.
- 7.4 Unterzieht sich der Zuwendungsempfänger für seine gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung laufend der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt oder eine sonstige unabhängige Prüfungsstelle (zum Beispiel Treuhandstelle des Diakonischen Werkes in Baden e.V.), so kann deren Prüfung und Bestätigung des Verwendungsnachweises anerkannt werden, wenn der Bewilligungsstelle hierdurch eine Entscheidung nach Nr. 7.3 ermöglicht wird.

8. Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt

- 8.1 Das eigenständige Recht des Rechnungsprüfungsamts, im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages über die Prüfung des Verwendungsnachweises (durch die Bewilligungsstelle) hinaus beim Zuwendungsempfänger die bestimmungsgemäße Verwendung der kirchlichen Mittel zu prüfen, bleibt unberührt.
- 8.2 Soweit es für die Erfüllung des Prüfungszwecks notwendig ist, kann die Prüfung auch auf die sonstige Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers ausgedehnt werden.
9. **Inkrafttreten**
- 9.1 Diese Richtlinien ergehen gemäß 49 Abs. 2 KVHG einvernehmlich mit dem Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Vorstand des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.
- 9.2 Diese Richtlinien treten am 1. Oktober 1987 in Kraft.

LB 5.10.1987
Az. 86/5

**Wort des Landesbischofs zur
29. Aktion „Brot für die Welt“**

In unserer Welt gibt es viel Hunger, Elend, Not und Ungerechtigkeit. Oft sind die Ursachen von Menschen gemacht. Viele haben Zweifel, daß sich die Lage zum Besseren wenden könnte. Gleichgültigkeit, aber auch Verzweiflung sind zu spüren. Wir Christen dürfen uns davon nicht anstecken lassen. Wenn Menschen in Not sind, dürfen Christen nicht gleichgültig bleiben: Beten und Handeln sind nötiger denn je. Wir dürfen uns nicht

damit abfinden, daß Menschen das Lebensnotwendige fehlt, daß sie ihrer Würde beraubt sind, daß die Natur als Grundlage des Lebens zerstört wird. In der ökumenischen Gemeinschaft der weltweiten Kirche werden Christen durch die Barmherzigkeit Gottes ermutigt, nicht müde zu werden in dem, was sie tun können. Die Projektarbeit der Aktion „Brot für die Welt“ zeigt Möglichkeiten auf, wie die Botschaft unseres Herrn helfende und heilende Gestalt finden kann, wie wir Christen durch unser Opfer Verantwortung übernehmen können. Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihre Mithilfe, damit Menschen weniger hungern müssen; damit die Leiden der Verfolgten gelindert werden; damit gerechtere Verhältnisse entstehen; damit durch die praktische Nächstenliebe Hoffnung für viele andere, aber auch für uns selbst größer wird. Gott wird nicht müde in seiner Barmherzigkeit. Dafür können wir bei der diesjährigen Aktion „Brot für die Welt“ eintreten.

OKR 5.10.1987
AZ. 86/5

**Hinweise zur 29. Aktion
BROT FÜR DIE WELT**

Die Evangelische Kirche in Deutschland führt in Verbindung mit den Freikirchen in der Advents- und Weihnachtszeit 1987 wieder die Aktion „Brot für die Welt“ durch. Sie steht unter dem Leitwort „Bebauen und Bewahren“.

Für den Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden ergeben dazu folgende Leitlinien:

1. Die Aktion beginnt am 1. Adventssonntag (29. November 1987) und wird mit dem 31. Dezember 1987 beendet. Die Sammlung bzw. Entgegennahme von Einzelspenden für die Aktion „Brot für die Welt“ während des ganzen Jahres, bleibt davon unberührt. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Durchführung der Aktion „Brot für die Welt“ nicht durch Sammlungen für gemeindeeigene oder andere Zwecke beeinträchtigt wird.

Während der ganzen Advents- und Weihnachtszeit soll immer wieder auf die Aktion „Brot für die Welt“ hingewiesen werden. Im Kirchengebet soll der Notleidenden in der Welt fürbittend gedacht werden.

2. In den Kindergottesdiensten, im Religionsunterricht, in der Jugend- und Altenarbeit soll aufgrund des vorliegenden Informationsmaterials die Aktion „Brot für die Welt“ entsprechend einbezogen werden.

3. Für die konkrete Darstellung der Aktion „Brot für die Welt“ wurden von der „Kammer für Mission und Ökumene“ nachfolgende Projekte vorgeschlagen:

- Projekt Äthiopien
- Lebendiges Entwicklungsprojekt; 26.000 DM
- Projekt Südafrika
- Beistand für die Entrechteten; 712.500 DM
- Projekt Tansania
- Wasser für die Landwirtschaft; 336.000 DM
- Projekt Indien
- Gesundheit und Heilung; 89.300 DM
- Projekt Indonesien
- Zur Selbsthilfe ermutigen; 50.000 DM

Mit Hilfe der vorgeschlagenen Projekte sollen der Gesamtauftrag von „Brot für die Welt“ und die Beziehungen zu den badischen Partnerkirchen in Übersee ins Bewußtsein gerückt und gestärkt werden. Ausführliche Projektbeschreibungen sind bei der Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes anzufordern.

4. Folgende Sammlungsformen sind möglich:

- a) Tütensammlung bei den Gemeindegliedern.
Verteilblätter und Opfertüten werden am besten so rechtzeitig ausgegeben, daß sie zum Beginn der Adventszeit bei den Familien sind. Jedes Pfarramt möge die Gemeinde selbst in geeigneter Weise davon benachrichtigen, ob die Tüten durch Helfer abgeholt oder ob sie im Gottesdienst oder im Pfarramt abgegeben werden sollen.
- b) Der landeskirchliche Kollektenplan geht davon aus, daß wie bisher die Adventssonntage und der Heilige Abend der Aktion „Brot für die Welt“ vorbehalten sind.

Allen Bestellern wurde das Informations- und Verteilmaterial durch die Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes übersandt. Zusätzliche Bestellwünsche nimmt das

Diakonische Werk, Vorholzstr. 3-5,
7500 Karlsruhe 1
Telefon 0721/168-212

entgegen.

5. Abrechnung

Das Sammlungsergebnis für die 29. Aktion „Brot für die Welt“ führen die Pfarrämter bzw. Kirchengemeinden bis spätestens 31. März 1988 an das Dekanat bzw. Rechnungsamt ab. Die Dekanate bzw. Rechnungsämter überweisen das Sammelergebnis bis spätestens 15. Mai 1988 an die Landeskirchenkasse. Das Abrechnungsfeld wird vom Diakonischen Werk zur Verfügung gestellt.

OKR 1.9.1987
Az. 22/8

**Dienstbezüge der Pfarrer und Pfarrdiakone
im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis
und Beamten**

Nachstehend werden die ab 1. Januar 1987 anzuwendenden Grundgehalts- und Ortszuschlagstabellen für die Pfarrer, Pfarrdiakone im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und Beamten bekanntgegeben.

Diese Tabellen entsprechen der Anlage zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 - BBVAnpG 87 (BGBl. 1987 S. 2062) - und ersetzen die im GVBl. 1986 S. 140 ff. bekanntgemachten Tabellen.

I.
Grundgehaltssätze *) Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in DM)
ab 1. Januar 1987

BES. GRUPPE	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 5	1320,04	1369,96	1419,88	1469,80	1519,72	1569,64	1619,56	1669,48	1719,40	1769,32					
A 6	1397,81	1449,55	1501,29	1553,03	1604,77	1656,51	1708,25	1759,99	1811,73	1863,47	1916,47				
A 7	1510,34	1562,08	1613,82	1665,56	1717,30	1769,04	1820,78	1872,52	1926,03	1980,36	2034,69	2091,04	2151,37		
A 8	1581,67	1645,45	1709,23	1773,01	1836,79	1901,14	1968,12	2035,10	2105,54	2179,90	2254,26	2328,62	2402,98		
A 9	1767,20	1833,01	1901,58	1970,70	2041,10	2117,81	2194,52	2271,23	2347,94	2424,65	2501,36	2578,07	2654,78		
A 10	1935,08	2030,39	2125,70	2221,01	2316,32	2411,63	2506,94	2602,25	2697,56	2792,87	2888,18	2983,49	3078,80		
A 11	2254,56	2352,21	2449,86	2547,51	2645,16	2742,81	2840,46	2938,11	3035,76	3133,41	3231,06	3328,71	3426,36	3524,01	
A 12	2455,62	2572,05	2688,48	2804,91	2921,34	3037,77	3154,20	3270,63	3387,06	3503,49	3619,92	3736,35	3852,78	3969,21	
A 12a	2679,40	2795,83	2912,26	3028,69	3145,12	3261,55	3377,98	3494,41	3610,84	3727,27	3843,70	3960,13	4076,56	4192,99	
A 13	2782,19	2907,91	3033,63	3159,35	3285,07	3410,79	3536,51	3662,23	3787,95	3913,67	4039,39	4165,11	4290,83	4416,55	
A 13a	2832,48	2976,74	3121,00	3265,26	3409,52	3553,78	3698,04	3842,30	3986,56	4130,82	4275,08	4419,34	4563,60	4707,86	
A 14	2863,85	3026,86	3189,87	3352,88	3515,89	3678,90	3841,91	4004,92	4167,93	4330,94	4493,95	4656,96	4819,97	4982,98	
A 14a	3038,93	3211,23	3383,53	3555,83	3728,13	3900,43	4072,73	4245,03	4417,33	4589,63	4761,93	4934,23	5106,53	5278,83	
A 15	3229,09	3408,30	3587,51	3766,72	3945,93	4125,14	4304,35	4483,56	4662,77	4841,98	5021,19	5200,40	5379,61	5558,82	5738,03
A 15a	3423,49	3615,45	3807,41	3999,37	4191,33	4383,29	4575,25	4767,21	4959,17	5151,13	5343,09	5535,05	5727,01	5918,97	6110,93
A 16	3588,95	3796,22	4003,49	4210,76	4418,03	4625,30	4832,57	5039,84	5247,11	5454,38	5661,65	5868,92	6076,19	6283,46	6490,73

*) Zu den Grundgehaltssätzen der Besoldungsgruppe A 13 wird den unmittelbar unter das Pfarreresoldungsgesetz fallenden Personen eine ruhegehaltfähige Stellenzulage von monatlich 100,- DM gewährt.

Soweit an Beamte ruhegehaltfähige Stellenzulagen zu zahlen sind, richten sich diese nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften.

II.
Ortszuschlagstabelle ab 01.01.1987
(Monatsbeträge in DM)

Tarif-klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
lb	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	740,02	879,96	999,70
lc	A 9 bis A 12	657,68	797,62	917,36
ll	A 1 bis A 8	619,54	752,80	872,54

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 119,74 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

III.
Grundgehaltssätze Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in DM)
ab 1. Januar 1987

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1		2782,19	2907,91	3033,63	3159,35	3285,07	3410,79	3536,51	3662,23	3787,95	3913,67	4039,39	4165,11	4290,83	4416,55	
C 2	lb	2789,97	2990,30	3190,63	3390,96	3591,29	3791,62	3991,95	4192,28	4392,61	4592,94	4793,27	4993,60	5193,93	5394,26	5594,59
C 3		3153,14	3379,95	3606,76	3833,57	4060,38	4287,19	4514,00	4740,81	4967,62	5194,43	5421,24	5648,05	5874,86	6101,67	6328,48
C 4	la	4083,55	4311,55	4539,55	4767,55	4995,55	5223,55	5451,55	5679,55	5907,55	6135,55	6363,55	6591,55	6819,55	7047,55	7275,55